

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/86

Bonn, den 6. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Kein Wahlkampfthema !</u> Zum deutsch-französischen Verhältnis Von Günter Markscheffel	67
1a	<u>Europa in Berlin</u> Die Tagung des Monnet-Komitees	25
2	<u>Freiheit verpflichtet</u> Das neue Gesetz zur Vermögensbildung	48
3 - 4	<u>Das Recht auf menschliches Wohnen :</u> Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SED am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen Von Margarete Berger-Heise, MdB	70
5 - 6	<u>Wie funktioniert die deutsche Entwicklungshilfe ?</u> (III und Schluß) Beobachtungen in Indien Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	98

Kein Wahlkampfthema !

Zum deutsch-französischen Verhältnis

Von Günter Markscheffel

Man liest und hört es überall; Die Beziehungen zwischen Bonn und Paris sind an einem Tiefpunkt angelangt. Vorsichtig versuchen Politiker und Diplomaten, neue Wege zu gehen. Sie alle fühlen, daß die Aussöhnung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk trotz der Schwierigkeiten auf Regierungsebene die Grundlage der europäischen Politik bleiben muß.

In der Bundesrepublik sind die "Gaullisten" schweigsam geworden. Sie beginnen wohl zu begreifen, daß sie irrten, als sie annahmen, alles was seit Jahrzehnten zwischen Deutschland und Frankreich geschehen ist, könne durch eine Messe in Reims, durch eine Parade in Mourmelon oder durch Begeisterungstürme auf dem Marktplatz in Bonn ausgelöscht sein. Auch diejenigen, die gewohnt sind, auf Diplomaten-Parties, veranstaltet von den Außenministerien oder den Botschaften, "Politik" zu machen, dürften erkannt haben, daß bei den vermeintlichen Rätseln, die jetzt zu lösen sind, andere Maßstäbe als die eines freundlichen Wortes am Kamin gelten.

Voraussetzung dafür, daß dies gelingt, ist das Wissen um die grundlegenden Veränderungen im französischen Regierungsstil, die sich seitdem de Gaulle Staatspräsident ist, vollzogen haben. Man muß wissen, daß der Quai d'Orsay, das französische Außenministerium, mit seiner hochqualifizierten Beamtenschaft oft nicht weiß, was das Elysée, d.h. der Beraterstab de Gaulles im Präsidentenpalast, als nächstes zu tun gedenkt. Staatspräsident de Gaulle betrachtet das Außenministerium als Exekutiv-Organ seiner Vorstellungen und Absichten. Pläne für nächste außenpolitische Schritte werden nicht im Außenministerium, sondern im Präsidentenpalast geschmiedet und zur Durchführung der Diplomatie überlassen. Daraus ergibt sich, daß durch noch so gute Kontakte zwischen der deutschen Botschaft in Paris und dem Quai d'Orsay keineswegs der Inhalt der gaullistischen Politik auf längere Sicht definiert werden kann. Immer hat es Überraschungen gegeben, und selbst bei gut vorbereiteten Besuchen wie dem des Bundeskanzlers in Rambouillet mußten die Berufsdiplomaten in Bonn und Paris erleben, daß zum Schluß etwas ganz anderes herauskam als sie vorbereitet hatten.

In Paris wird behauptet, de Gaulles Haltung sei der Ausdruck des Gefühls, von zwei Bundeskanzlern nicht korrekt unterrichtet worden zu sein. Als der Bundestag seinerzeit vor Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages die Präambel beschloß, durch die bestimmt wird, daß sich die Bundesrepublik nicht auf eine ausschließlich deutsch-französische Europapolitik festlegen lassen werde, soll der damalige Bundeskanzler Dr. Adenauer dem französischen Staatspräsidenten versichert haben, wichtig sei nur der Vertrag selbst, "und mit dem anderen (gemeint war die Präambel) wird man schon fertig werden". Als de Gaulle später, nach dem Rücktritt Adenauers, in Bonn erkunden ließ, ob der neue Bundeskanzler Erhard den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag im gleichen Sinne interpretiere wie sein Vorgänger, scheint der französische Staatspräsident einen positiven Bescheid erhalten zu haben. Es ist nicht sicher, ob dieses Mißverständnis in Rambouillet ausgeräumt werden konnte. Tatsache ist dagegen, daß Erhard nach seiner Rückkehr von Rambouillet öffentlich erklärte, er sei sich mit dem französischen Staatspräsidenten "in allen entscheidenden Fragen einig".

Wenn diese Darstellung der Gründe für das Verhalten von de Gaulle richtig ist, müßte jeder weitere Versuch zur Überwindung des Tiefpunktes im deutsch-französischen Verhältnis mit der Klärung dieser Ungewissheiten beginnen.

Bleibt die Frage offen, ob die Visionen des französischen Staatspräsidenten von der "Europäisierung" des Deutschlandproblems tatsächlich eine Aufforderung an die USA sind, die Europäer unter sich zu lassen. Wir fürchten, daß die offizielle Bonner Diplomatie noch nicht einmal versucht hat, diesen Komplex zu klären, obwohl sie ihn schon mindestens seit zwei Jahren kennt. Sollte aber jemand in Bonn auf die Idee kommen, den französischen Regierungspräsidenten für die Wahlkampfpolitik der Regierungsparteien einspannen zu wollen, dann müssen wir mit einer noch größeren Vereisung des Verhältnisses zwischen Paris und Bonn rechnen. An dem Punkt, an dem man jetzt angelangt ist, bedarf es des Einsatzes aller politischen Kräfte, die weiter blicken als bis zum 19. September. Die Aussöhnung des deutschen mit dem französischen Volk ist kein Wahlkampfthema!

+ + +
Europa in Berlin

Die Tagung des Monnet-Komitees

sp - Das Monnet-Komitee - Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa - hat in diesem Jahre die deutsche Hauptstadt B e r - l i n zum Sitz seiner Tagung gewählt, die an diesem Wochenende namhafte Politiker aller Richtungen aus den sechs EWG-Staaten vereinigt. Auch die Gewerkschaften sind durch ihre Führungen vertreten. Berlin und das Datum wurden gewählt, um gerade an diesem Tage der 20. Wiederkehr des Zusammenbruchs der Hitler-Diktatur vor aller Welt zu demonstrieren, daß ein neues demokratisches Deutschland in einem vereinigten Europa mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten die Zukunft unseres Kontinents mitgestalten wird. Trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge auf dem Weg nach Europa wollen die Mitglieder des Monnet-Komitees ihren jetzt schon unübersehbaren Beitrag für die Weiterentwicklung der europäischen Einigung fortsetzen.

Bedeutsam, und gerade für uns Deutsche ermunternd, ist die Tatsache, daß Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale, in enger Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften aller Richtungen, das begonnene Einigungswerk mit neuen Initiativen und Vorschlägen belieben, und daß sie über alle weltanschaulichen und politischen Schranken hinweg die Gemeinschaft der freien Europäer für wichtiger halten, als hier und dort sichtbar werdende Rückfälle in nationale Begrenztheit.

Dieses Wirken für Europa ist die Antwort an jene, die Europas Spaltung vertiefen wollen und glauben, daß mit der Sprache der Vergangenheit Zukunft gestaltet werden kann. Die Jugend Deutschlands und Europas wird dieses Bekenntnis des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten Europas zu würdigen wissen.

Freiheit verpflichtet

Das neue Gesetz zur Vermögensbildung

ler - Die Denkschrift katholischer und evangelischer Theologen und Soziologen über die ungerechte Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der daraus entstehenden Gefahren für unser freiheitliches Gesellschaftsgefüge, hat den Anstoß zu einer breiten Diskussion gegeben, die noch lange nicht verstummen wird. Die Verfasser dieser bemerkenswerten Denkschrift waren und sind gewiß nicht himmelstürmende Sozialrevolutionäre, sie gaben... auch nicht einer radikalen Verteilung der bestehenden Vermögen das Wort, niemandem sollte etwas genommen werden, was er schon besitzt. Die Kluft jedoch zwischen jenen, die Eigentum und Vermögen erwerben können, und jenen, die davon ausgeschlossen sind, hat sich weit aufgetan. Sie zu verengen, entspricht wohlverstandenen gesellschaftspolitischen Erfordernissen.

Das erste 312-DM-Gesetz blieb so gut wie ohne Wirkung, es betraf nur eine verschwindende Minderheit. Georg Leber, der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, baute in einem kühnen Vorstoß die Vermögensbildung in seine Tarifpolitik ein. Er fand Verständnis bei in die Zukunft blickenden Partnern. Lebers Initiative schlug heftige Wellen und löste leidenschaftliche Kontroversen aus. Sie gab der Debatte über Vermögensbildung neue Antriebe.

Die nun vom Bundestag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Unionsparteien verabschiedete verbesserte Zweitauflage des 312-DM-Gesetzes schafft nun eine solide Basis. Vielen Millionen Arbeitnehmern gibt sie nun Gelegenheit, Vermögen, wenn auch in recht bescheidenem Umfang, zu erwerben. Das Gesetz ist gewiß nicht der Weisheit letzter Schluß, aber es verspricht doch eine stärkere Breitenwirkung. Es sichert dem Arbeitnehmer einen Anteil am Zuwachs des Vermögens.

Das Gesetz ging nicht ohne heftigen Widerstand der Freien Demokraten und des Präsidenten der Arbeitgeberverbände, CDU-Abgeordneter Professor B a l k e , über die parlamentarische Bühne. Sie standen von vornherein auf verlorenem Posten. Die Vergangenheit hat oben auch in der modernen Sozialpolitik keine Zukunft. Die Gegner dieses Gesetzes beschworen in düsteren Farben schreckliche Gefahren herauf. Diese existieren nur in ihrer Phantasie. Sie kämpften mit Argumenten, die schon im kaiserlichen Reichstag zu hören waren, wenn es um sozialpolitischen Fortschritt ging. Die Geschichte hat sie widerlegt. Die hohen Werte von Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstverantwortung wurden reichlich strapaziert, aber am falschen Objekt. Der einzelne Arbeitnehmer konnte sich nicht im 19. Jahrhundert aus eigener Kraft von der Fessel des 10-Stunden-Tages und bedrückender Arbeitsbedingungen befreien, dazu bedurfte es schon der Kraft der Gewerkschaft und der ordnenden Funktion des Staates. Vermögen und Eigentum macht den Menschen freier, läßt ihn wechselvolle Schicksalsschläge leichter tragen. - Die Möglichkeit für die Arbeitnehmer, nun über Tarifverträge vermögenswirksame Leistungen zu erwerben, ist die Antwort einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung auf die Herausforderung durch den Kommunismus. Das wollen die Liberalen, die sich so wohl auf die Freiheit zu berufen verätschen, nicht zur Kenntnis nehmen; hier hinken sie nach, bleiben sie rückwärts gewandt.

Das Recht auf menschliches Wohnen !

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Margarete Berger-Heise, MdB

Nahrung, Kleidung, Wohnung - das sind die drei Grundbedürfnisse der menschlichen Gesellschaft in unseren Breiten. Die Generation, die Kriege und Konzentrationslager überlebte, hat in unserem neuen Staat den Hunger gestillt und für Bekleidung gesorgt. Für alle ausreichenden gesunden Wohnraum zu schaffen, ist hier bis heute, trotz acht Millionen neuer Wohnungen, noch nicht gelungen. Für viele Familien, für viele alleinlebende Frauen ist die eigene Wohnung zu erschwinglicher Miete noch immer ein Wunschtraum. Von der modernen Gesellschaft wird mit Recht verlangt, daß sie mit der einen Million abrißreifer Bruchbuden endlich aufräumt und ihre Bewohner aus den licht- und sonnenlosen Hinterhäusern der Großstädte erlöst.

Diese Aufgaben entsprechen den Zielvorstellungen der Sozialdemokraten. Darum heißt das Generalthema auf dem Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen:

"Gesunde Wohnungen in gesunden Gemeinden"

Für den Erfolg der Anstrengungen, die das kleinste Bundesland, Bremen, unter der langjährigen bewährten Führung von Wilhelm Ka i s e n gerade im Wohnungsbau gemacht hat, zeugt nicht nur die imponierende Siedlung "Neue Vahr", sondern auch die bemerkenswerte Tatsache, daß dieser Stadtstaat trotz relativ hoher Zugangsquote die billigste Durchschnittsmiete erhalten konnte. Das hat seinen Grund darin, daß zwei Drittel aller Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau erstellt wurden.

"Bremen gibt ein Beispiel"

heißt eine Ausstellung, die während des Kongresses gezeigt wird. Natürlich braucht auch diese Stadt weiterhin Wohnungen zu vernünftigen Mietpreisen. Es bedarf einer neuen gesetzlichen Regelung, die Bund, Länder und Gemeinden zu dieser Gemeinschaftsaufgabe des nächsten Jahrzehnts verpflichtet. - Das 3. Wohnungsbaugesetz, das die SPD in den IV. Bundestag einbrachte, ist das geeignete Instrument, eine menschenwürdige Wohnungsversorgung in Stadt und Land durch langfristige Programme sicherzustellen.

Bonn hat Angst vor vorausschauender Planung

Die ablehnende Haltung der Regierungsparteien gegen diesen Entwurf gilt nicht nur der umfassenden Konzeption, sondern resultiert auch aus der Abneigung gegen jede vorausschauende Planung. Dazu trägt allerdings auch

die finanzielle Unbeweglichkeit des Bundeshaushalts bei, der bereits zu 90 Prozent durch gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen festgelegt ist.

... Das sind die Tatsachen ...

Im Jahre 1975 werden, wenn bis dahin die Teilung Deutschlands immer noch nicht überwunden ist, in der Bundesrepublik bei Annahme einer mittleren Bevölkerungszunahme und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Wanderungen etwa 59 Millionen Menschen leben. Dazu kommt eine nicht vorzuschätzende Zahl von Gastarbeitern, eventuell mit Familien.

Bei einer Belegungsdichte von drei Personen je Wohnung werden demnach bis 1975 etwa 19,7 Millionen Wohnungen benötigt, um rein rechnerisch jeder Familie eine eigene Wohnung zu ermöglichen. Der tatsächliche Bedarf dürfte unter Berücksichtigung der Zweitwohnungen, der Wohnungen, die dem Verkehrsausbau weichen müssen, und einer angemessenen Leerwohnungsreserve etwa bei 21 Millionen liegen.

Anfang 1965 hatten wir in der Bundesrepublik etwa 18 Millionen Wohnungen, von denen aber heute schon bestimmt eine Million abbruchreif und durch neue zu ersetzen sind. Aus dem Aufmarschplan der Bundesregierung gegen die Hinterhöfe ist bekanntlich ein saft- und kraftloses Städtebauförderungsgesetz geworden, das noch in diesem Bundestag an finanzieller Unterernährung eingehen wird.

... und das sind die Aufgaben

Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß wir bis 1975 insgesamt etwa 4 Millionen Wohnungen neu erstellen müssen. Um die Wohnungsnot in der Bundesrepublik zu beseitigen, müssen demnach jährlich mindestens 400 000 Wohnungen gebaut werden. Die jeweils bevorzugte Wohnform kann dabei nicht vom Gesetzgeber diktiert werden. Ob Mietwohnung, Eigenheim oder Eigentumswohnung hängt vom Bedarf ab. Dieser Bedarf wird Wandlungen unterworfen sein, die sich aus der Entwicklung der Einkommen, Besteuerung, Sparförderung, Baulandpreise, Baukosten, Mieten, des Mietrechts und nicht zuletzt der veränderten Stadt-, Dorf- und Verkehrsgestaltung ergeben werden.

Seit 1950 wurde eine starke Zunahme der Ein- und Zweipersonen-Haushalte festgestellt und zugleich ein weiterer Rückgang der Haushalte mit sieben und mehr Personen. Die zunehmende Reduzierung der Großfamilie auf die Klein- und Kleinstfamilie entspricht der Tendenz in allen hochindustrialisierten Staaten und wird auch bei uns nicht nur die Soziologen, sondern mehr und mehr auch die Wohnungswirtschaftler beschäftigen. Die zunehmende Lebenserwartung fordert von unserer Gesellschaft den Bau von gestreuten Altenwohnungen, Alterswohnheimen und Altersheimen.

Diese Aufgaben werden die sozialdemokratischen Wohnungspolitiker und Wohnungswirtschaftler in Bremen beschäftigen.

Wie funktioniert die deutsche Entwicklungshilfe ? (III und Schluß)

Beobachtungen in Indien

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Bis heute haben deutsche Privatfirmen rund 80 Millionen DM in Indien investiert, keine umwerfende Summe für ein Land von der Größe eines Kontinents, aber gemessen an dem besonderen Charakter der indisch-deutschen Firmen jedoch ein bemerkenswerter Betrag. Die bisher gemachten Erfahrungen der deutschen Geschäftspartner sind unterschiedlich, positive Erfahrungen überwiegen jedoch. Indien stellt einen ungeheuren, potentiellen Markt dar und manche Unternehmer sagen offen, daß sie über den indischen Tochterbetrieb auf den asiatischen Markt gelangen wollen. Gelegentlich spricht aus ihren Darlegungen auf langfristige Planungen bedachter Unternehmergeist. Schwierigkeiten gibt es antürlich immer und überall. Devisen zur Einfuhr von Ersatzteilen und Maschinen für neue Fertigungen gibt es in der Regel nur dann, wenn der Betrieb exportiert. Über 40 Prozent des Exporterlöses in fremder Währung kann der Unternehmer dann frei verfügen. Alles was bereits in Indien hergestellt wird, muß unabhängig von Liefermöglichkeiten und Lieferfristen in Indien gekauft werden. Der Erwerb sowjetzonaler Spezialmaschinen, die auf dem Wege von Kompensationsgeschaften nach Indien gelangen und dort in Landeswährung frei gekauft werden können, ist für viele westdeutsch-indische Unternehmen der Ausweg aus sonst unüberwindlichen Fertigungsengpassen.

Da die deutsche Entwicklungspolitik zwar ständig zu privaten Investitionen in Entwicklungsländern ermuntert und dabei auf im Ernstfall wenig nutzende Kapitalschutzabkommen und auf freien Transfer der Gewinne drängt, sollte sie sich dabei ebenso im Klaren sein, daß das in den meisten devisenschwachen Ländern nur auf dem Wege einer indirekten Förderung des Maschinenexports der Zone und anderen Ostblockstaaten zu erreichen ist.

Unerwünschte Schlagzeilen

Der Leiter der deutschen Bundestagsdelegation in Indien, der Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Dr. Atzenroth, strapazierte das Thema deutscher Privatinvestitionen und des Investitionsklimas in Indien denn auch so sehr, daß er damit Schlagzeilen in der Presse mit dem Tenor "GERMANS WANT MORE PROFIT" erzielte. Das zeigt eindeutig, wie behutsam zumindest publizistisch die von der gegenwärtigen Regierungskoalition angestrebten entwicklungspolitischen Ziele vermehrter Privatinvestition behandelt werden sollten.

Privatunternehmer aus anderen Staaten, z.B. Japaner und Briten, verfolgen ihre Absichten genau so hartnäckig wie die Deutschen, dafür aber weniger lautstark und nicht mit einer Inflation von offiziellen, das Land bereisenden Kommissionen.

Natürlich werden deutschen Parlamentariern in Indien ungezählte Wünsche nach deutscher Beteiligung vorgetragen, besonders von den meist sehr rührigen Industrieministern einzelner Bundesstaaten. Wenn auch einzelne Staaten wie zum Beispiel Madras und Mysore interessante Objekte für mittlere deutsche Unternehmungen bieten, so handelt es sich doch bei den Angeboten überwiegend um große Projekte der Edlstahl-, Aluminium- und Zementherzeugung, der Dungemittelfabrikation und der chemisch-pharmazeutischen Industrie.

Indische Verstimmung

Bei all dem kann man nicht übersehen, daß auch verstärkte deutsche Privatinvestitionen eine starke deutsche Beteiligung am Indienkonsortium zur Aufbringung des Devisenanteils am vierten Fünfjahresplan nicht werden ersetzen können. Die indische Regierung war nicht zu Unrecht verstimmt, daß ausgerechnet die Bundesrepublik die abschließenden Verhandlungen der Partner des Indienkonsortiums durch die einseitige und vorzeitige Ankündigung, man beabsichtige den deutschen Anteil zu kürzen, in einem für die indischen Erwartungen ungünstigen Sinne beeinflusst hat.

Wenn es der Bundesregierung bei ihren entwicklungspolitischen Zielen ernst ist, dann sollte sie gerade im Falle Indiens ein wenig politischer denken und bei ihren Entscheidungen die wachsenden Ausgaben der indischen Regierung für die Landesverteidigung und die bedrohlich anwachsenden Zins- und Tilgungslasten für die bisher gewährten Kredite in Rechnung stellen.

Die Bundestagsdelegation hatte am Ende ihres Aufenthalts Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem stellvertretenden Leiter der indischen Planungskommission, Professor Asoka Mehta, und dem Stab der Planungskommission. Die ungewöhnlich freundliche und sanfte Atmosphäre bei den Gesprächen mit dem sonst als äußerst hartnäckig bekannten Professor verriet, wie sehr Indien im letzten Stadium des dritten und im Vorfeld seines vierten Fünfjahresplanes auf eine ausreichende Devisenhilfe angewiesen ist, um das bis 1972 angestrebte Ziel einer einigermaßen ausbalancierten Wirtschaftsstruktur zu erreichen.

Vom Standpunkt des Effekts und der Leistungen deutscher technischer Hilfe, deutscher Kapitalhilfe und privater, meist natürlich mit der Rückendeckung von Hermesbürgschaften durchgeführter, deutscher Unternehmungen konnte die Delegation, von Ausnahmen abgesehen, ein ermutigendes Bild mit nach Hause nehmen. Befriedigt kann man vor allem darüber sein, daß das im Grunde längst rein indische, aber in der Öffentlichkeit doch immer wieder als indisch-deutsche Gemeinschaftsunternehmung figurierende Stahlwerk Rourkela nunmehr voll produziert, seit einem halben Jahr beachtliche Gewinne abwirft und bereits mit voller Kraft an einer Erweiterung seiner Kapazität auf 1,8 Millionen Tonnen arbeitet. Zu darüber hinausgehenden, indischen Erweiterungswünschen der staatlichen Hindustan Steel Co., für welche die Bundesrepublik die Devisenkosten übernehmen soll, verhält man sich in Bonn vorläufig abwartend und zurückhaltend.

An den Realitäten vorbei

Alles in allem muß auch besonders die kommunal- und sozialpolitische Leistung der indischen Verwaltung in Rourkela gewürdigt werden, die eindeutig zeigt, daß sehr vieles von dem Gerede über die "gewaltige Problematik" des Auf- und Ausbaus industrieller Großbetriebe in einer Gesellschaft wie der indischen, an den Realitäten vorbeigeht. Wer einen Betrieb wie z.B. die "Hindustan Machine Tool Co." in Bangalore gesehen hat, wird keinen Augenblick mehr daran zweifeln können, daß die Inder unter günstigen Bedingungen jedes mit der Anlage technischer Großprojekte verbundene Problem bereits selbst zu lösen vermögen.

Es wäre zu wünschen, daß die Bundesregierung angesichts der eindrucksvollen Anfangserfolge des Landwirtschaftsprojekts in Mandi sich entschließt, einer Anregung der indischen Regierung zu folgen und sich bei einem ähnlichen Projekt im Staat Madras zu engagieren. Freilich, und das wurde eingangs schon betont, steht und fällt der Erfolg eines solchen Engagements mit den besonderen, auf die indischen Verhältnisse bezogenen, Eigenschaften des künftigen Projektleiters und seiner engsten Mitarbeiter.